

Satzung

des Vereins „Bürgerinitiative: Rettet das Münsterländchen! Kein neuer Steinbruch zwischen Breinig, Dorff und Kornelimünster.“

§ 1 Name, Eintragung in das Vereinsregister

(1) Der Verein führt den Namen **„Bürgerinitiative: Rettet das Münsterländchen! Kein neuer Steinbruch zwischen Breinig, Dorff und Kornelimünster.“**

(2) Der Verein soll in das Vereinsregister eingetragen werden. Nach der Eintragung führt er den Namenszusatz "eingetragener Verein" in der abgekürzten Form "e.V."

§ 2 Sitz

Der Verein hat seinen Sitz in 52223 Stolberg-Breinig.

§ 3 Zweck des Vereins, Gemeinnützigkeit

(1) Zweck des Vereins ist es, für den Natur- und Umweltschutz des „Münsterländchens“ einzutreten und nach Kräften dazu beizutragen, dass Beeinträchtigungen seines Ökosystems durch die Aufschließung eines neuen Steinbruchs, der in enger Nachbarschaft zwischen den drei Ortschaften Breinig, Dorff und Kornelimünster angelegt und ausgebaut werden soll, und einen dieses Ökosystem störenden Ausbau von Verkehrswegen verhindert werden. Gleiches gilt für die Erweiterung des auf Aachener Stadtgebiet bereits bewilligten Steinbruchs bzw. für mögliche Steinbruchreserveflächen.

Die besondere Sorge des Vereins gilt dem Erhalt eines einmaligen Landschaftsbildes inmitten eines Landschaftsschutz- und Naherholungsgebietes am Fuße des Naturparks Nordeifel und dem Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzen sowie einmaliger Boden- und Landschaftsstrukturen und der Bodendenkmäler aus gallo-römischer Zeit.

(2) Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die Verbreitung von Informationsmaterial und die Durchführung von Informationsveranstaltungen über die besonderen Eigenschaften des betroffenen Gebietes, um dessentwillen es des Schutzes von Natur und Umwelt bedarf. Gleichem Zweck dienen Eingaben an politische Gremien und Behörden, die für die erforderliche Schutzmaßnahmen des Ökosystems dieses Gebietes verantwortlich sind, sowie die Organisation von Bürgeraktionen, die im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten darauf hinwirken, dass die genannten Zwecke von den verantwortlichen Behörden und politischen Gremien beachtet und gefördert werden.

(3) Der Verein ist überparteilich und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und verfolgt keine eigenwirtschaftliche Zwecke. Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Niemand darf durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Die mit einem Ehrenamt betrauten Mitglieder haben nur Anspruch auf Ersatz der tatsächlich getätigten Auslagen.

§ 4 Erwerb der Mitgliedschaft

(1) Mitglied des Vereins kann jede voll geschäftsfähige natürliche bzw. jede juristische Person werden, die bereit ist, den in § 3 Abs.1 formulierten Vereinszweck anzuerkennen und zu fördern.

(2) Zum Erwerb der Mitgliedschaft ist eine schriftliche Beitrittserklärung vorzulegen, in der sich der/die Beitretende zugleich verpflichtet, für den in § 3 Abs.1 formulierten Vereinszweck einzutreten.

(3) Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand mit einfacher Mehrheit der anwesenden Vorstandsmitglieder. Der Beitritt wird mit der Aushändigung einer schriftlichen Aufnahmeerklärung wirksam.

(4) Die Ablehnung der Aufnahme durch den Vorstand ist nicht anfechtbar. Ein Anspruch auf Aufnahme besteht nicht.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss, Streichung oder Tod.

§ 6 Austritt aus dem Verein

(1) Der Austritt ist dem Vorstand schriftlich zu erklären.

(2) Er ist unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 4 Wochen nur zum Schluss eines Kalenderjahres zulässig. Die Frist ist gewahrt, wenn die Austrittserklärung vor ihrem Ablauf einem Vorstandsmitglied zugegangen ist.

§ 7 Ausschluss

(1) Ein Ausschluss aus dem Verein ist nur bei wichtigem Grund zulässig. Über ihn entscheidet der Vorstand. Rechtsmittel dagegen sind ausgeschlossen.

(2) Ein Ausschluss aus dem Verein kann weiterhin erfolgen, wenn das Mitglied mit dem Mitgliedsbeitrag im Rückstand ist und es diesen Beitrag nach schriftlicher Mahnung durch den Vorstand nicht innerhalb eines Monats nach Absendung der Mahnung vollständig entrichtet.

Die Mahnung muss an die letzte dem Verein bekannt gewordene Anschrift gerichtet sein. In ihr muss auf die bevorstehende Streichung der Mitgliedschaft hingewiesen werden.

Die Mahnung ist auch wirksam, wenn sie als unzustellbar zurückkommt.

Der Ausschluss erfolgt durch Beschluss des Vorstandes. Er ist dem Mitglied durch den Vorstandsvorsitzenden unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Er ist zurückzunehmen, wenn das betroffene Mitglied glaubhaft macht, dass die Mahnung es nicht erreicht hat, und den rückständigen Beitrag gleichzeitig vollständig entrichtet.

§ 8 Finanzierung

Der Verein finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden.

- (1) Mitglieder zahlen einen Mitgliedsbeitrag. Der Mitgliedsbeitrag ist ein Jahresbeitrag und ist am 1. Januar im voraus fällig.
- (2) Seine Höhe bestimmt die Mitgliederversammlung.
- (3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
- (4) Über die Verwendung der Mittel beschließt der Vorstand.
- (5) Das ausgeschiedene oder ausgeschlossene Mitglied hat keinerlei Ansprüche auf das Vereinsvermögen.

§ 9 Erweiterte Bürgerinitiative

- (1) Bürger, die für den Zweck des Vereins eintreten wollen, ohne die Pflichten eines Mitglieds zu übernehmen, können sich in eine vom Verein zu führende besondere Liste unterstützender Bürger eintragen. Sie sind damit Teilnehmer der erweiterten „Bürgerinitiative: Rettet das Münsterländchen! Kein neuer Steinbruch zwischen Breinig, Dorff und Kornelimünster.“
- (2) Als Teilnehmer der erweiterten Bürgerinitiative sind sie berechtigt, an Versammlungen des Vereins, die der Werbung für seine Ziele und der Beratung weiterer Maßnahmen dienen, mit beratender Stimme teilzunehmen. Der Verein wird sie über Maßnahmen unterrichten, bei denen besondere Möglichkeiten gegeben sind, für diese Ziele tätig zu werden.
- (3) Anregungen aus diesem Kreis für weitere Maßnahmen im Dienste dieser Ziele wird der Verein dankbar aufnehmen und prüfen.

§ 10 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind der Vorstand (§ 11) und die Mitgliederversammlung (§ 13).

§ 11 Der Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus dem/der
 - 1. Vorsitzenden
 - 2. Vorsitzenden
 - Kassierer/in
 - Pressewart/in
 - Schriftführer/in
 - 4 Beisitzern
- (2) Der/die 1. Vorsitzende und der/die 2. Vorsitzende vertreten den Verein gemäß § 26 II BGB. Jeder von ihnen hat Einzelvertretungsbefugnis. Im Innenverhältnis wird bestimmt, dass der/die 2. Vorsitzende den/die 1. Vorsitzenden nur im Falle der Verhinderung vertreten darf.
- (3) Der Vorstand wird durch Beschluss der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren

gewählt, gerechnet von ordentlicher Mitgliederversammlung zu ordentlicher Mitgliederversammlung, dabei bleibt er so lange im Amt, bis eine Neuwahl stattgefunden hat. Jedes Jahr scheiden Mitglieder des Vorstandes wechselweise aus, erstmals im Jahre 2003 die unter der ungeraden Jahreszahl aufgeführten und im Jahre 2004 die unter der geraden Jahreszahl aufgelisteten.

gerade Jahreszahl

1. Vorsitzender/e
Kassierer/in
Schriftführer/in
Beisitzer

ungerade Jahreszahl

2. Vorsitzender/e
Pressewart/in
Beisitzer

Eine sofortige Wiederwahl der ausscheidenden Vorstandsmitglieder ist möglich.

(4) Die Beschlussfähigkeit des Vorstandes ist gegeben, wenn die anwesenden Vorstandsmitglieder mit einfacher Mehrheit zustimmen.

(5) Das Vorstandsamt endet, wenn das Vorstandsmitglied aus dem Verein ausscheidet.

(6) Sofern ein Vorstandsmitglied vorzeitig ausscheidet, bestellt der Vorstand kommissarisch ein neues Vorstandsmitglied bis zur nächsten turnusgemäßen Wahl.

§ 12 Beschränkung der Vertretungsmacht des Vorstandes

Die Vertretungsmacht des Vorstandes ist mit Wirkung gegen Dritte in der Weise beschränkt, dass zum Erwerb oder Verkauf von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, zu deren Belastung und zu allen sonstigen Verfügungen über sie sowie auch zur Aufnahme von Krediten, deren Gesamtbetrag 1.500 € überschreitet, die Zustimmung der Mitgliederversammlung erforderlich ist.

§ 13 Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung ist einzuberufen

- a) mindestens einmal jährlich, möglichst in den ersten 3 Monaten des Kalenderjahres,
- b) wenn es das Interesse des Vereins erfordert,
- c) außerdem, wenn 25 % der Mitglieder dies verlangen.

(2) Die Mitgliederversammlung beschließt über

- die Wahl des Vorstandes
- die Wahl von 2 Kassenprüfern
- die Entlastung des Vorstandes
- Satzungsänderungen
- Mitgliedsbeiträge und
- sonstige vorgelegte Anträge

(3) Den Vorsitz in den Versammlungen führt der/die 1. Vorsitzende, im Falle der Verhinderung der/die 2. Vorsitzende.

§ 14 Form der Einberufung

(1) Die Mitgliederversammlung ist vom Vorstand schriftlich unter Einhaltung einer Frist von 2 Wochen einzuberufen.

(2) Bei der Einberufung sind die Tagungsordnungspunkte zu nennen, über die der Vorstand eine Beschlussfassung herbeiführen will.

§ 15 Beschlussfähigkeit

(1) Vorbehaltlich der Absätze 2 bis 3 und des § 17 ist jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung für die nach § 15 Abs.2 benannten Tagesordnungspunkte beschlussfähig.

Für Beschlüsse über bei der Einberufung nicht genannte Punkte ist die Mehrheit der erschienenen Mitglieder des Vereins erforderlich, soweit diese Satzung nicht für bestimmte Beschlüsse eine höhere Mehrheit vorschreibt.

(2) Für die Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins ist die Anwesenheit von drei Vierteln der Mitglieder des Vereins erforderlich.

(3) Ist eine zur Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins einberufene Mitgliederversammlung nicht beschlussfähig, so ist vor Ablauf von 4 Wochen seit dem Versammlungstag eine weitere Mitgliederversammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. Diese weitere Versammlung darf frühestens 2 Monate nach dem ersten Versammlungstag und muss spätestens 4 Monate nach diesem Zeitpunkt stattfinden. Diese Versammlung ist dann ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Bei der Einladung zu dieser Versammlung ist auf diese Beschlussfähigkeit hinzuweisen.

§ 16 Beschlussfassung

(1) Die Mitgliederversammlung stimmt durch Handzeichen ab. Auf Antrag von mindestens fünf anwesenden Mitgliedern ist schriftlich und geheim abzustimmen.

(2) Vorbehaltlich der Absätze 3 bis 5 sowie des § 16 Abs.1 Satz 2 ist für einen Beschluss die einfache Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten erforderlich.

(3) Für einen Beschluss, der eine Änderung der Satzung enthält, ist eine Dreiviertelmehrheit der erschienenen Mitglieder erforderlich. Änderungen der Satzung, die lediglich redaktionellen Charakter haben, können dagegen vom Vorstand allein beschlossen werden.

(4) Zur Änderung des Zwecks des Vereins ist die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich; die Zustimmung der nicht erschienenen Mitglieder muss schriftlich erfolgen.

(5) Für einen Beschluss, den Verein aufzulösen, ist eine Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder erforderlich.

(6) Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen (bei schriftlichen Abstimmungen) sind als "Nein"-Stimmen zu zählen.

§ 17 Niederschrift

(1) Die in den Vorstands- oder Mitgliederversammlungen gefassten Beschlüsse sind in Niederschriften festzuhalten.

(2) Jede Niederschrift ist vom/von der Versammlungsleiter/in und dem/der Schriftführer/in zu unterzeichnen.

(3) Jedes Mitglied ist berechtigt, die Niederschrift einzusehen.

§ 18 Verwendung des Vereinsvermögens im Fall der Auflösung des Vereins

(1) Wenn der Verein durch einen Beschluss nach § 16 Abs.2 - 3, § 17 Abs. 5 aufgelöst wird, hat der Vorstand die Liquidation durchzuführen.

(2) Das Vereinsvermögen ist in diesem Fall oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nach Einwilligung des Finanzamtes den Kindergärten der betroffenen Ortschaften zuzuweisen.

Die Satzung wurde am 24. September 2002 auf der Gründungsversammlung errichtet.